

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantw. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Die Beantwortung des Gilbert-Memorandums

Die Haltung des Reparationsagenten Noch keine endgültige Stellungnahme Parker Gilberts zur deutschen Antwort.

II. Berlin, 9. Nov. In der Presse ist behauptet worden, daß Parker Gilbert mit der deutschen Antwort auf sein Memorandum unzufrieden sei. Wie hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist hiervon bisher noch nicht das mindeste bekannt. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß eine endgültige Stellungnahme des Reparationsagenten schon aus dem Grunde nicht möglich sei, da er das ihm übergebene Material erst eingehend durchsehen müsse.

Kritik an der Haltung des Reichsfinanzministers.

In der Wandelhalle des Reichstages erzählt man sich, daß die Stellung des Reichsfinanzministers Dr. Köhler unhaltbar geworden sei. Ihm wird der Vorwurf gemacht, daß er den ganzen Schriftwechsel mit dem Reparationsagenten besser vermieden hätte, weil die Art, wie Herr Parker Gilbert hier austritt, doch stark nach Finanzkontrolle schmeckt. Aber ebenso sicher ist wohl auch, daß niemand daran denken kann, Dr. Köhler in diesem Augenblick fallen zu lassen, weil das doch so aussehen müßte, als ob wir dem Reparationsagenten recht geben und ihm zuliebe den Finanzminister opfern. Den Eindruck gilt es unter allen Umständen zu vermeiden, und deshalb denkt sicher niemand daran, um den Finanzminister eine Krise zu legen, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die aus solchem Wechsel für die ganze Koalition entstehen müßten.

Reparationszahlungen und Kriegsschuldenregelung

Amerikanische Besorgnisse.

II. Newyork, 9. Nov. Nach einer Agenturmeldung aus Washington rechnen amtliche Washingtoner Kreise damit, daß sich Parker Gilbert und die amerikanische Regierung im nächsten Jahre, wenn die Höchstgrenze der Reparations-

zahlungen erreicht wird, niofern Schwierigkeiten gegenübersehen werden, als bei einem Verjagen des Dawesplanes vonseiten der Alliierten die Forderung erhoben werden könnte, die Kriegsschulden herabzusetzen, da ihre Bezahlung in voller Höhe nur möglich wäre, wenn die Reparationszahlungen unverkürzt einlaufen. Die Zeitungen unterstreichen nochmals die Uebereinstimmung zwischen der amerikanischen Regierung und Parker Gilbert bezüglich des Inhaltes des Memorandums. Obwohl die Deutschland nicht günstig gesinnten Blätter alles tun, um Gilberts Memorandum in ihrem Sinne auszubeuten, müssen sie doch zugeben, daß „wenn Deutschland entsprechend dem Gilbertdokument schnell handele, es sein finanzielles Haus in Ordnung halten könne.“

Für Einberufung einer Reparations-Weltkonferenz

II. Newyork, 9. Nov. Der zurzeit in Newyork weilende Direktor der Rentenbankkreditanstalt Moritz Ripp erklärte inoffiziell, daß vieles in der Kritik Gilberts richtig sei. Er, Ripp, befürwortete die Einberufung einer neuen Reparations-Weltkonferenz, da die gesamte Reparationsfrage revisionsbedürftig sei. Schwierigkeiten seien nach der Erreichung der Höchstgrenze der Reparationszahlungen zu erwarten. Der Dawesplan basiere auf dem Versailler Vertrag, dieser aber auf Deutschlands Schuld am Weltkriege, die nach der Meinung eines jeden denkenden Menschen Unsinn sei. Ripp bezeichnete es weiter als unvermeidbar, daß die Dawesexperten bei ihrer Arbeit Fehler machten. Er unterstützte den Vorschlag Mitchells, der auf eine möglichst schnelle Neuregelung der Reparationszahlungen mit Festsetzung der Endsumme hinauslaufe. Die Reparationszahlungen würden letzten Endes durch die der deutschen Industrie und Landwirtschaft auferlegten Steuern herangeschafft. Er könne nicht einsehen, wie die wirkliche Wiedergeburt Deutschlands ohne eine Revision des Dawesplans möglich sein sollte.

Tages-Spiegel

Der Reparationsagent hat zu der Beantwortung seines Memorandums durch die Reichsregierung noch keine Stellung genommen.

Das Reichskabinett wird heute den Eindruck des Gilberts-Memorandums im Ausland besprechen.

Trotz großer Zurückhaltung der Washingtoner Amtsstellen rechnet man mit einer zeitweisen Einschränkungspolitik gegen deutsche Anleihen.

Wie bekannt wird, ist Polen durch seine amerikanischen Gläubiger gezwungen worden, die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen.

Der Abschluß des französisch-jugoslawischen Freundschaftsbündnisses hat in Italien Verstimmung hervorgerufen.

Die französische Kammer begann gestern die Budgetberatung für das Jahr 1928.

Als Nachfolger Franklin Bouillons wurde Paul Doucours zum Vorsitzenden der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten gewählt.

Die Ueberschwemmungsgefahr in Neu-England (Amerika) gilt als endgültig beseitigt. Die Zahl der Menschenopfer beträgt nach amtlicher Feststellung 160

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen

II. Berlin, 9. Nov. Gegenüber verschiedenen Äußerungen polnischer Persönlichkeiten wird deutscherseits darauf hingewiesen, daß Deutschland durch keinerlei Umstände gezwungen sei, die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen aufzunehmen. Für die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen sei allein die Tatsache maßgebend, daß mit Polen ein Uebereinkommen in der Niederlassungsfrage erzielt worden ist. Auch die von polnischer Seite gegebene Darstellung, als ob Polen Bedingungen zu stellen habe, wird deutscherseits abgelehnt. Einige Verwunderung hat die Behauptung erregt, daß die polnischen Maximalziele die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen mitberühren, da selbstverständlich eine Erhöhung von Zöllen um 100 Prozent nicht gerade als förderndes Moment für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen angesehen werden müsse. Ueberhaupt glaubt man deutscherseits darauf hinweisen zu müssen, daß die politischen Anspielungen, die die polnische Presse mit Bezug auf die Verhandlungen machen zu müssen glaubt, unzumutbar wären, da deutscherseits das Bestreben besteht, die Frage des deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages nach wie vor nur von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus zu betrachten.

Polen in einer Zwangslage?

Wie der Warschauer Vertreter der T.-U. von gut unterrichteter Seite erfährt, hat die polnische Regierung bei dem Abschluß der Amerika-Anleihe eine Reihe bisher gebehaltenen unter Bedingungen unterzeichnen müssen, die vor allem die Handelsbeziehungen zu seinen Nachbarstaaten betreffen. Die erste dieser Bedingungen ist der Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland, der spätestens bis Dezember 1927 erfolgt sein muß. Hieraus erklärt sich die Haltung der polnischen Regierung während der jüngsten deutsch-polnischen Vorverhandlungen und die Rede des Vizepremier Bartel, die nach außen den Anschein zu erwecken versucht, als ob von polnischer Seite die Anknüpfung der Handelsbeziehungen zu Deutschland gefördert würde. In Wirklichkeit ist Polen aber von seinen Forderungen, die in erster Linie die Schweineeinfuhr nach Deutschland betreffen, noch nicht im geringsten heruntergegangen.

Das Saargebiet ist deutsch

II. Berlin, 9. Nov. Der frühere Saarpräsident Major Stephens hielt in Montreal in Kanada einen Vortrag über die Saarfrage und erklärte dabei wörtlich, daß es nach seiner Meinung ganz gleichgültig sei, ob die Volksabstimmung 1935 oder 1955 stattfindet. Die Saarbevölkerung wolle zu ihrem deutschen Vaterland zurück. Die Geschichte des Saargebietes sei die Geschichte eines gewagten Regierungs-experiments. Die Saarbevölkerung umfasse 780 000 Personen, die praktisch alle Deutsche seien. Man könne verstehen, daß 780 000 Deutsche nicht entzückt davon seien, von vier Ausländern regiert zu werden.

Der französisch-südslawische Vertragsabschluß

Der südslawische Außenminister über das neue Bündnis

Marinkowitsch nach Paris abgereist.

II. Belgrad, 9. Nov. Außenminister Marinkowitsch ist nach Paris abgereist. Er trifft Donnerstag früh in Paris ein und wird im Laufe des Vormittags mit Briand die erste Unterredung haben. Sodann dürfte er von Poincare und Präsident Doumergue empfangen werden.

Vor seiner Abreise äußerte sich der Außenminister Pressevertretern gegenüber über die bevorstehende Unterzeichnung des französisch-jugoslawischen Bündnisvertrages wie folgt:

„Der Freundschaftsvertrag zwischen uns und unseren verbündeten Staaten entspricht dem Zustand, der noch im Weltkriege geschaffen wurde. Wir stehen mit Paris seit Monaten in Verhandlung zur Schaffung eines solchen Bündnisses und dessen Publikation. Wir sind uns darüber einig, daß keine Verzögerung stattfinden dürfe und deshalb reise ich jetzt nach Paris, um die definitive Redaktion und die Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages zu bewirken. Ich werde meinen Besuch zu einer Unterredung mit Briand ausnutzen, um mit ihm eine Einigung über alle Fragen, von denen manche sehr komplizierter Natur sind, zu erzielen.“

Auch ein italienisch-jugoslawischer Freundschaftspakt?

II. Belgrad, 9. Nov. In diplomatisch gut unterrichteten Kreisen wird behauptet, daß der italienische Gesandte in Belgrad, General Borrero, der am Montag nach Rom abgereist ist, Mussolini vorschlagen wird, mit dem jugoslawischen Außenminister Marinkowitsch eine Besprechung über die Regelung aller bisher zwischen Jugoslawien und Italien ungeriegelten Fragen vorzunehmen, damit die Möglichkeit eines italienisch-jugoslawischen Paktes geschaffen werden könnte.

Italienische Vorwürfe gegen Südslawien.

II. Rom, 9. Nov. Die bevorstehende Unterzeichnung des französisch-südslawischen Vertrages hat in hiesigen politischen Kreisen Beunruhigung hervorgerufen. Den Äußerungen Mussolins, es habe ursprünglich die Absicht bestanden, ein Abkommen zwischen Frankreich, Südslawien und Italien anzustreben, legt man hier keinen Glauben bei, sondern sieht

darin die Absicht, Italien ins Unrecht zu setzen. Von den zuständigen Stellen werden denn auch die Auslassungen Mussolins als unzutreffend bezeichnet. Die Bedeutung, die man dem südslawischen Abkommen hier beimisst, geht auch daraus hervor, daß Mussolini den italienischen Gesandten in Belgrad, Borrero, zur Berichterstattung nach Rom berufen hat.

Die Presse hält sich noch sehr zurück. Nur die „Tribuna“ erklärt, Italien interessiere vor allem der Geist, mit dem Frankreich den Vertrag betrachte, und zwar, ob der Vertrag einen antitalienischen Charakter trage und entsprechend der Belgrader Tendenz die europäische Politik mit den kleinen Balkanreitigkeiten zu verknüpfen, eine französisch-südslawische Bindung darstelle, oder ob Frankreich seiner Verantwortung als Großmacht bewußt, die französische Politik von dieser Bindung fernhalten wolle. Südslawien, so fügt die „Tribuna“ hinzu, könne nicht den Grundsat „Der Balkan den Balkanvölkern“ vertreten und gleichzeitig auf die Zermürbung Albaniens hinarbeiten; ferner dürfe es nicht Allianzen schließen mit der offen ausgesprochenen Absicht, die Rückendeckung durch eine Großmacht zur Durchführung seiner Pläne auszunutzen.

Die französisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen

Amerika zu einem provisorischen Zollabkommen bereit.

II. Paris, 9. Nov. Die amerikanische Antwortnote, die der amerikanische Geschäftsträger in Paris, Whitehouse, dem Direktor am Quai d'Orsay, Beaumarchais, überreichte, und die sich mit den französisch-amerikanischen Zolldifferenzen befaßt, ist, wie versichert wird, in sehr verständlichem Tone abgefaßt. Die Note weist erneut den französischen Standpunkt zurück, der die Gegenseitigkeit von Zugeständnissen verlangt und fordert eine Reihe von weiteren Aufklärungen. Die Note spricht aber die Bereitwilligkeit der Vereinigten Staaten aus, ein provisorisches Abkommen abzuschließen, das so lange, als die Verhandlungen über einen Handelsvertrag andauern, Geltung haben würde.

Der Friedensvertrag v. 5. November 1918 und die Mellon'sche Note vom 5. Mai 1927

Von Senatspräsident a. D. Robert Schömler-Kassel.
Die Verhandlungen, die der Welt den Friedensvertrag vom 5. November 1918 und im Anschluß daran das Ende des Blutvergießens, den Waffenstillstand, gebracht haben, wurden durch eine Note vom 5. Oktober eingeleitet, in der Deutschland den Präsidenten Wilson ersuchte, Friedensverhandlungen auf der Grundlage seiner 14 Punkte und späteren Ansprachen einzuleiten. Der Präsident hat sofort geantwortet. In einem Notenwechsel vom 8., 12., 20. und 23. Oktober kam es zum Einverständnis zwischen ihm und Deutschland. Am 23. Oktober trat der Präsident an die bisher nur vertraulich verständigten Alliierten heran. Diese riefen ihre Außenminister zu Konferenzen zusammen und überreichten nach den eingehendsten Beratungen dem Präsidenten ein Memorandum, unterschrieben Clemenceau, Lloyd George, Orlando. Das Schriftstück besagte: Auch wir sind zu einem Friedensschluß auf der Grundlage der Wilson'schen Punkte und Ansprachen bereit, unter zwei Vorbehalten.

Die Vorbehalte bezogen sich auf „die Freiheit der Meere“ und auf „die von Deutschland zu leistenden Reparationen“, hinsichtlich der letzteren enthielten die Wilson'schen Punkte und Ansprachen außer dem Satz „Kein Schadensersatz, der den Charakter der Strafe trägt“ nur die eine Verpflichtung, daß Deutschland die Zivilbevölkerung in den von ihm besetzten Gebieten entschädigt. Diese Bestimmung genügte den Alliierten nicht, weil sie die Schäden unberücksichtigt läßt, die der Zivilbevölkerung außerhalb der besetzten Gebiete im See- und Luftkrieg zugefügt sind. Das Memorandum fordert deshalb eine weitergehende Bestimmung dahin: „Deutschland leistet Ersatz für allen Schaden, den es der Zivilbevölkerung und ihrem Eigentum durch seine Angriffe zu Land, zu Wasser und in der Luft zugefügt hat.“

Der Präsident hat dem Memorandum zugestimmt und dieses am 5. November an Deutschland weitergegeben mit der Aufforderung, auch dorthin zuzustimmen und im Zustimmungsfalle Unterhändler zum Abschluß eines Waffenstillstands zu entsenden. Deutschland hat sofort seine Unterhändler geschickt und damit einen Vorvertrag zum Abschluß gebracht, der aus den Wilson'schen Punkten und Ansprachen, eingeschränkt durch das Memorandum, die Grundlagen des Friedens bildet.

Im Vertrauen auf diese Festlegung hat Deutschland die Bedingungen des Waffenstillstandes angenommen, die Waffen gestreckt und die von ihm besetzten Gebiete feindlichen Gebieten geräumt. Prof. John Maynard Keynes-Cambridge, der an der Pariser Konferenz „als Vertreter des englischen Schatzkanzlers beim Obersten Wirtschaftsrat“ bis zum 7. Juni 1919 teilgenommen hat, sagt in seinem Werk: „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“, die Deutschen hätten „den Friedensvertrag zu einem der denkbar heiligsten völkerrechtlichen Verträge gemacht“.

An der Heiligkeit dieses Friedensvertrages haben die amerikanischen Delegierten bis zum Schluß festgehalten. Anders die Alliierten. Sie haben nach Deutschlands Waffenstreckung und nach der Räumung des von ihm besetzt gehaltenen Gebietes erwogen, „ob von Deutschland nicht auch eine bedingungslose Ergebung zu erzwingen gewesen wäre“ (Keynes). Und nun kam man in Frankreich und Italien zu „einer völlig phantastischen Einschätzung der Beträge, die man aus Deutschland herauspressen könne“ (Keynes). In England suchte Lloyd George nach einem wirkungsvollen Werbemittel für den Wahlkampf vom Dezember 1918. Dies glaubte er in den Worten zu finden: „Wir werden Deutschland wegen sämtlicher Kriegskosten in Anspruch nehmen“ oder, wie sich einer seiner Agenten Sir Eric Geddes (nach Keynes) ausgedrückt hat: „Wir werden Deutschland auspressen wie eine Zitrone und noch mehr. Wir werden es an die Wand drücken, bis es quillt.“

Das Vorgehen der Alliierten bezeichnet Professor Keynes als etwas, „an das Niemand, der an ihm einen größeren Anteil genommen hat, ohne Schamgefühl zurückdenken kann.“ Sie haben die Existenz des Friedensvertrages bestritten, den sie nach den eingehendsten Beratungen abgeschlossen haben.

Die amerikanischen Delegierten suchten demgegenüber bei der maßgebendsten Stelle Hilfe, und sie fanden sie auch. Sie erstatteten ihrem damals auf dem Ozean schwimmenden Präsidenten funktetelegraphisch Bericht und erhielten von ihm die Anweisung: „Abrücken, wenn nötig offiziell abrücken von einem Vorgehen, das unvereinbar ist mit dem, was wir den Feind in voller Ueberlegung erwarten lassen und was wir ehrenhalber nicht abändern können.“

Nunmehr haben die Alliierten ihr Bestreben fallen lassen. Aber sie änderten nur ihre Taktik. Sie sagten jetzt: Die Zivilbevölkerung muß auch die militärischen Ruhegehälter, überhaupt alle Kriegsschäden, auf dem Wege der Besteuerung tragen. Deshalb gibt es hier gar keine Teilung. Alle Kriegsschäden sind Deutschland nach dem Friedensvertrag aufzulegen.

Das Verfehlte dieser Schlüsse springt in die Augen. Die Wilson'schen Punkte wollen teilen, und zwar in Schäden, die der Zivilbevölkerung unmittelbar zugefügt sind, und in alle anderen Schäden. Das Memorandum hat an dieser Teilung festgehalten, um sie nur noch folgerichtiger durchzuführen.

Der Präsident war jedoch inzwischen auf Pariser Boden angelangt und hat sich hier, nach dem Urteil von Keynes, „als unfähig erwiesen, am Verhandlungstisch mit abgefeimten gefährlichen Zauberern fertig zu werden“. Professor Keynes berichtet weiter: „Es war der entscheidendste Augenblick in der Zerstückung der sittlichen Stellung des Präsidenten und in der Verdunkelung seines Geistes, als er sich zum Entsetzen seiner Berater davon überzeugen ließ, daß die Aus-

gaben der Verbündeten für militärische Ruhegehälter und Unterstützungen gerechterweise als Schäden anzusehen seien, die Deutschland der Zivilbevölkerung zugefügt habe.“

So ist es zum Bruch des Friedensvertrages und zu Art. 232 Anh. 1 Nr. 5 des Diktats von Versailles gekommen, der besagt: „Von Deutschland kann Ersatz gefordert werden auch für alle Pensionen und Unterstützungen an militärische Opfer des Krieges (Heer, Flotte, Luftstreitkräfte), die verstimmt, verwundet, krank oder invalid geworden sind, und an Personen, denen diese Opfer Unterhalt gewährten.“

Wie aber ist die zahlenmäßige Höhe einmal derjenigen Kriegsschäden, die der Zivilbevölkerung unmittelbar zugefügt sind, und dann aller anderen Kriegsschäden zu schätzen?

Professor Keynes schätzt die ersteren auf „etwas über 40 Milliarden Mark“, die zweiten auf „weitere 100 Milliarden“, und Prof. Keynes ist als Herausgeber des „Economic Journal“, als Sekretär der „Royal Economic Society“ und als Mitglied der „Royal Commission on Indian and Currency“ auch hier erste Autorität. Er knüpft an seine Schätzungen noch folgende Betrachtung: Die Zahlung von 40 Milliarden wäre für Deutschland, das ebenfalls mit eigenen Kriegsschäden aufs schwerste belastet, außerdem geschlagen und verarmt ist, „nicht völlig unmöglich“ gewesen. Die Belastung mit weiteren 100 Milliarden aber verflaut das deutsche Volk für immer und verflaut auch „gegen die Grundbegriffe von Religion und Sittlichkeit.“

In der Tat, 40 Milliarden wird sich das deutsche Volk, wenn man die Schätzung des „Instituts of Economic Washington“ über das bereits Geleistete zugrunde legt, in absehbarer Zeit abgedorbt haben. Der Dawesplan liefert den Beweis dafür, daß die weitere Belastung mit 100 Milliarden Deutschland für immer verflaut. Der Dawesplan entstand 5 Jahre nach Versailles und denkt trotzdem nicht daran, für seine bis zur höchsten Höhe getriebenen Jahreszahlungen irgend ein Ende festzusetzen. —

Dem Präsidenten Wilson wurde die Meinung, die Ausgaben der Regierungen für militärische Ruhegehälter und Unterstützungen gehörten zu den der Zivilbevölkerung zugefügten Schäden, im Zustand der „Verdunkelung seines Geistes“ und „zum Schrecken seiner Berater“ beigebracht.

Dieser Satz hat ein führender Engländer aufgestellt. Zu ihm bekennt sich aber auch das amerikanische Volk. Letzteres schränkt dementsprechend seine Reparationsansprüche ein. Es macht von der mitgeteilten Bestimmung des Diktats für sich keinen Gebrauch. Es ist von den weitergehenden, Deutschland verflautenden Ansprüchen der Alliierten neuerdings, getreu der vom Präsidenten in gesunden Tagen gegebenen Anweisung, „auch offiziell abgerückt.“

Die englische Regierung hatte bei Gelegenheit des englisch-amerikanischen Schuldenstreits betont, Amerika erhalte aus den Daweszahlungen Beträge, die ihm wegen seiner Ansprüche gegen Deutschland volle Befriedigung gewährten. Darauf antwortete der Staatssekretär Mellon in einer Note vom 5. Mai 1927:

„Unsere Reparationsansprüche gegen Deutschland sind beschränkter als die unserer Kriegverbündeten. Unsere Kriegverbündeten erheben auch Ansprüche, die sich auf Pensionen und Kriegsunterstützungen beziehen. Wir aber stellen solche Ansprüche wegen ihres Charakters nicht in unsere Rechnungen ein.“

Amerika erklärt aber auch noch heute, es habe in das Ringen Europas eingegriffen zum Schutz der Heiligkeit der Verträge und zum Schutz der Freiheit der Völker, und Amerika hat beim Ringen mit seinen Kräften den Ausschlag gegeben.

Wird sich Amerika da nicht endlich „ehrenhalber“ noch zu einem Weiteren verpflichtet fühlen?

Gemeindewahlen im Freistaat Oldenburg

II. Oldenburg, 8. Nov. In den Stadgemeinden des Freistaates Oldenburg fanden am Sonntag die Stadtratswahlen statt. Die Ergebnisse sind folgende: In Oldenburg entfielen auf die 7 Wahlvorschläge: Einheitsliste Deutsche Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Stahlhelm und Handwerk 15 (bisher 20 Sitze), Hitlerbewegung 1 (1), Zentrum 7 (7), Steuerzahlerschutz 3 (0), Sozialdemokraten 10 (8), Kommunisten 2 (2). Dazu treten noch als Vertreter von Landgemeinden ein Vertreter der Gemeindefreiwirtschaft und 1 Vertreter der Landbundsliste.

In Rastlingen erhalten Sozialdemokraten 16 (bisher 14), Bürgerliche Einheitsliste 8 (10), Sozialnationale Liste 1 (1), Volkrechtspartei 0 (0), Kommunisten 1 (1). In Nordenham verteilten sich die Stadtratsmandate auf: 15 Bürgerliche (bisher 18), 16 Sozialdemokraten (12), 1 Kommunist (1). In der Stadt Jever entfielen auf die Sozialdemokraten 4 Sitze, auf die Beamtenliste 3, die Wirtschaftsliste 8, die Bürgerliche Liste 1, die unpolitische Bürgerliste 2 Sitze. In der Stadt Barel erhalten die Bürgerliche Einheitsliste 7 Sitze (bisher 10), Demokraten 2 (2), Angestellte 1 (0), Sozialdemokraten 6 (5), Kommunisten 2 (1), Volkrechtspartei 0.

Die Wahlen sind im ganzen Lande ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung betrug in Oldenburg selbst 64 Prozent, in den übrigen Gemeinden bis zu 80 Prozent.

Aus dem besetzten Gebiet

Von farbigen Franzosen überfallen.

II. Darmstadt, 8. Nov. Am Samstag wurde am Ausgang des Ortes Griesheim bei Darmstadt ein junges Paar von farbigen Franzosen überfallen. Der junge Mann erhielt Schläge ins Gesicht, während das Mädchen von ihnen in Richtung des Waldes verschleppt wurde. Auf ihre Hilferufe eilten mehrere Einwohner hinzu, die die Verfolgung der Täter aufnahmen, ohne jedoch Erfolg zu haben. Das Mädchen hat sich sodann, von den Farbigen zurückgelassen, auf Umwegen nach Hause begeben können. Die Täter konn-

ten am Sonntag früh auf Betreiben der französischen Kommandantur festgestellt werden.

Tagung des Intern. Landwirtschaftsrates in Rom

II. Rom, 8. Nov. In Gegenwart Mussolinis, des diplomatischen Korps, darunter auch des deutschen Botschafters, Frhr. von Neurath, von Vertretern des Völkerbundes, der Interparlamentarischen Union, des internationalen Arbeitsamtes sowie des Senats und der Kammer fand gestern hier die erste Sitzung des internationalen wissenschaftlichen Landwirtschaftsrates der internationalen Kommission der Landwirtschaftlichen Verbände statt. Im internationalen wissenschaftlichen Landwirtschaftsrat ist Deutschland mit 16 und in der Kommission der landwirtschaftlichen Verbände mit 7 Delegierten vertreten.

Sowjetjubiläum und Weltrevolution

II. Kowno, 8. Nov. Aus Moskau wird gemeldet, daß in den Feiern der Sowjetregierung der Gedanke der kommunistischen Weltrevolution stark betont werde. Hauptzweck der Arbeit zur Vorbereitung dieser Revolution auf China und Indien. Dort werde gegen England gearbeitet. Die Revolution in der übrigen Welt werde ebenfalls vorbereitet. Gegenwärtig konzentriere die kommunistische Internationale ihre Kräfte. Stalin und Bucharin wiesen darauf hin, daß die kommunistische Internationale sich niemals von dem Gedanken der Weltrevolution lossagen werde, ebenso wenig wie die kommunistische Partei von der Sowjetunion. Die Krise der Wirtschaft in Europa werde ausgenutzt werden.

Kleine politische Nachrichten

Ungarisch-jugoslawische Abkommen. Die zwischen Ungarn und Jugoslawien geführten Verhandlungen zur Regelung der wirtschaftlichen und finanziellen Fragen aus dem Trianoner Vertrag sind jetzt zu Ende geführt worden. Es ist ein Uebereinkommen über alle finanziellen und Kreditfragen zustande gekommen, die zwischen den Staatsbürgern beider Länder schweben, sowie über die gerichtliche Behandlung solcher Fragen und der Steuerprobleme. Gerichten zufolge soll diesem Uebereinkommen eine Vereinbarung von größter Bedeutung folgen, die das gemeinsame Auftreten der beiden Agrarstaaten Ungarn und Südslawien auf den mitteleuropäischen Märkten bezweckt.

Schweres Eisenbahnunglück in Spanien

II. Berlin, 8. Nov. Wie die Morgenblätter melden, entgleiten in der Nähe von Escorial infolge Schienenbruchs fünf Waggons des Nordwest-Expreß. Im Speisewagen waren gerade 40 Personen beim Essen. Der Speise- und der Schlafwagen stürzten eine hohe Böschung hinab und wurden vollständig zertrümmert. Wie durch ein Wunder gab es keine Tote, jedoch wurden 20 Personen zum Teil schwer verletzt.

Aus aller Welt

Ein deutscher Dampfer bei Desel gesunken.
Der Dampfer „Möve“ des Norddeutschen Lloyd ist etwa 20 Seemeilen vom Leuchtturm Zerel bei der Insel Desel (Disee) auf eine Treibmine gestoßen und sofort gesunken. Der Kapitän und 13 Mann der Besatzung konnten gerettet werden, während zwei Maschinisten und der Koch ertranken.

Eisenbahnunglück in Polen.
Auf der Station Mosodeczno bei Wilna fuhr ein Personenzug bei seiner Einfahrt in den Bahnhof infolge falscher Weichenstellung auf einen haltenden Zug auf, wobei die beiden Lokomotiven und 15 Wagen zertrümmert wurden. 9 Personen wurden schwer verwundet und mußten ins Spital überführt werden. Eine große Anzahl weiterer Personen wurde leicht verletzt.

Aus Stadt und Land

Calw, den 9. November 1927

Die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen
Der Veteranen- und Militärverein Calw hatte auf Sonntagnachmittag zu einem öffentlichen Vortrag über die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in den Saal des Gasthofs zum Rößle eingeladen. Obgleich für Stadt und Bezirk die vorbildliche Tätigkeit des Bezirksleiters des Württ. Kriegerbundes, Bezirksobmann Kuchle, wie des Fürsorgeanwalts des Veteranen- und Militärvereins, Regierungsrat Ziegler eine in jeder Hinsicht zufriedenstellende Beratung verbürgt, hatte es der Verein unternommen, den Leiter der Fürsorgeabteilung des Württ. Kriegerbundes in Stuttgart, Wenzel, als berufenen Fachmann auf dem Gebiet des Versorgungswesens, zu einem Vortrag über den heutigen Stand des Fürsorgewesens zu gewinnen, um auf diese Weise weiteren Kreisen einen gewissen Ueberblick und praktische Ratsschlüsse, wie sie sich aus der Berufserfahrung ergeben, zu vermitteln. Wie richtig dieser Schritt war, bewies schon die Grundforderung des klaren, vortrefflichen Vortrags des Referenten, welche Kriegsbeschädigte wie Hinterbliebene anhält, sich mit ihren Anliegen an die berufenen Stellen, die Fürsorgeanwälte, zu wenden, sich hier Aufklärung und Rat zu holen und auch bei Fehlschlägen nicht gleich den Mut zu lassen. Wie der Redner sehr treffend ausführte, müßte der Fürsorgeanwalt mindestens drei Semester Medizin und drei Semester Rechtswissenschaft studiert haben, um sich in den umfangreichen Bestimmungen des Versorgungswesens auszukennen; daraus erhellt, daß der ein-

gemeine Verantwortung heute gar nicht in der Lage ist, seine Ansprüche selbst richtig zu vertreten, und es kann darum nicht oft genug in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen werden, daß der rechte Weg in allen Versorgungsfragen nur mit Hilfe des richtig zu unterrichtenden Fürsorgeanwalts beschritten werden kann, daß hier die Stelle ist, die Auskunft auch in allen Neuerungen erteilt. Bezirksobmann Küchle eröffnete die stark besuchte Versammlung mit einer Begrüßungsansprache, in welcher er besonders den zahlreich erschienenen Frauen für das bezeugte Interesse, sowie dem Veteranen- und Militärverein für die Veranstaltung des Vortrags dankte und das Scheiden des bewährten Referenten aus Württemberg — er ist zur Spitzenorganisation nach Berlin berufen — lebhaft bedauerte. Der Leiter der Veranstaltung, der Vorstand des Veteranen- und Militärvereins Reichmann, erteilte hierauf dem Vortragenden Benzel das Wort zu einem eininhalbstündigen Referat, in welchem der Letztere auf alle wesentlichen Einzelheiten des Versorgungsrechts und der Versorgungsgesetzgebung unter Berücksichtigung der neuen Versorgungs-Novelle einging und auch die Arbeit der Bezirksfürsorgestellen und der Fürsorgeanwälte einer gründlichen Betrachtung unterzog. Besonders eingehend behandelte der Redner die Möglichkeit zur Anmeldung erstmaliger Versorgungsansprüche auch nach Ablauf der gesetzlichen Frist (März 1924), die Möglichkeit der Witwenversorgung, selbst wenn der verstorbene Ehegatte keine Rente bezog, die Möglichkeit der Verlängerung der Waisenrente über das 18. Lebensjahr hinaus und das sehr schwierige Gebiet der Elternversorgung, für welches in der neuen Novelle erhebliche Milderungen vorgesehen sind. Nach weiteren Erläuterungen über das Recht der freien Heilbehandlung durch Vermittlung der Krankenkassen, das Recht auf Berufsbildung und Schulung für Kriegsbeschädigte und Waisen, die Frage der Kapitalabfindung verbunden mit Befreiung von der Grunderwerbsteuer und die hohe Bedeutung des neugeschaffenen Härtausgleichs für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, deren Versorgungsansprüche zu Unrecht abgewiesen wurden, gab der Vortragende ein anschauliches Bild von dem Spruchverfahren vor dem Versorgungs- und dem Reichsversorgungsgericht. Das letztere, welches den Charakter einer Revisionsinstanz trägt, besteht aus 24 Senaten, präsiert, wie der Redner aus eigener Erfahrung bekunden konnte, außerordentlich gewissenhaft und der Vertreter der Antragsteller hat hier, wenn er gut informiert ist, sehr oft die Möglichkeit, eine günstige Wendung des Urteils herbeizuführen. Nachdem der Referent noch über die Tätigkeit des staatlicherseits als Organisation anerkannten Bundes für seine fürsorgeberechtigten Mitglieder gesprochen und in sehr vornehmer Weise das Verhältnis des Bundes zu den übrigen Kriegsbeschädigtenorganisationen gestreift hatte, beschloß er mit einer kurzen Skizzierung der neuen Versorgungs-Novelle seine interessanten Ausführungen. Die neue Novelle sieht für Leichtbeschädigte eine Erhöhung der Renten von 33—63 Prozent, für Schwerbeschädigte von 50 bis 100 Proz. eine solche von 50—40 Prozent vor. Die Witwen sollen eine Rentenerhöhung von 9—10 Prozent erhalten. Bei der Gewährung von Elternrente ist in den Bestimmungen insofern eine Milderung eingetreten, als der Nachweis darüber geführt werden muß, daß der Sohn ein Drittel des Unterhalts (nicht mehr den Gesamtunterhalt) der Eltern bestritten hat oder bestritten würde. Die Bedeutung der Fürsorgearbeit läßt sich am besten daraus erkennen, daß allein in Württemberg heute noch rund 100 000 Versorgungsberechtigte leben. Diesen Opfern des Krieges so weit wie möglich zu helfen ist das Ziel der Fürsorgearbeit des Württ. Kriegerbundes. Vorstand Reichmann dankte dem Referenten für seine klaren und übersichtlichen Ausführungen, wie auch für die Fürsorgearbeit, welche er innerhalb des Württ. Kriegerbundes geleistet habe, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß er auch in Berlin die Belange Württembergs nach besten Kräften vertreten möge. Nach weiteren Dankesworten des Vorstandes an Bezirksobmann Küchle und Regierungsrat Ziegler für ihre Fürsorgetätigkeit im Bezirk trat man in eine kurze Diskussion ein, an welcher sich Gemeindepfleger Leopold-Stammheim beteiligte. Darauf erteilte der Referent, soweit es seine Zeit noch zuließ, in bereitwilligster Weise Einzelankläufe. Die lehrreiche Veranstaltung löste allgemein Befriedigung aus.

Gelden des Glaubens!

Am morgigen Donnerstag findet im „Badischen Hof“ durch die „Religiösen Volksspiele“ (Leitung Dir. Heinz Selzer) unter Mitwirkung nur erster Künstler eine Aufführung der neuen religiösen Tragödie „Gelden des Glaubens“, Drama in 5 Aufzügen von Walter Nitsch-Stahn statt. Das ergreifende Werk behandelt die Christenverfolgung unter Kaiser Trajan (106 n. Chr.). Eine vornehme Römerin lernt durch ihre Sklavin das Christentum kennen. Sie läßt sich von ihr zu einem christlichen Gottesdienst in die Katakombe, die unterirdischen Gräberanlagen, begleiten, wird aber dort mit den Christen von römischen Soldaten überrascht und gefangen genommen. Obwohl noch nicht in die Christengemeinde aufgenommen, ist sie doch von der gehörten Botschaft ergriffen und beweist durch die Freundschaft, mit der sie in den Tod geht, die Gelbdenkraft, die in dem neuen Glauben verborgen ist. Das Stück wurde in Halle, Breslau, Hamburg und Berlin mit großem Erfolge zur Aufführung gebracht! Niemand wird enttäuscht sein, sondern reichen Gewinn mit nach Hause nehmen! Durch seine unügel Schlichtheit und die ergreifende Darstellung jener Zeiten wird es um so nachhaltiger wirken. Näheres im Anzeigenteil.

Weiter für Donnerstag und Freitag.

Die Depressionswirkung hält an. Für Donnerstag und Freitag ist immer noch bedecktes und auch an Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Schulhausweihe in Ugenbach

Auf einer sturmgeübten und weiterharten Höhe liegt unsere kleine, 250 Einwohner zählende Bezirksgemeinde Ugenbach. Dort ist im Laufe des vorigen und dieses Jahres ein Werk in aller Stille errichtet worden, das den Ugenbachern alle Ehre macht und weithin Beachtung und Nachahmung verdient. Ein neues Schulhaus ist entstanden. Ein stattlicher Bau, frei auf der Höhe, mit hellem, freundlichem Aussehen, so grüßt es weit hinein in die ernste Schwarzwaldlandschaft. Musterhaft ist das neue Schulhaus eingerichtet. Ein großes, helles, freundliches Schulzimmer mit anschließendem Handarbeits- und Lehrmittelraum, ein Schülerbad, das volles Lob verdient, ein schöner, großer Spielplatz mit Schulgarten, eine geräumige, sonnige Wohnung für den Lehrer, Licht, Luft und Sonne überall. Das Werk lobt den Meister. Architekt Söll von Telnach verdient für die geschmackvolle und solide Ausführung uneingeschränktes Lob.

Wer das alte Schulhaus gesehen und sich, wenn auch nur flüchtig, einen Einblick in seine Räume verschafft hat, der wurde überzeugt, daß ein Neubau unbedingtes Erfordernis war. Raubende, frohe Kinderbergen in engen, dumpfen, dunklen Räumen, in denen alles wie im Nebel eines trüben Herbsttages erscheint? Ein solcher Gegensatz drückt auf Kinderseelen und nimmt dem Lehrer ein gut Teil seiner Berufsfreude. Doch hängt das Herz am Alten! Es war eine weisewolle Stunde des Abschieds vom alten Schulhaus, in dem so manche Ugenbacher Familie vom Großvater bis zum Enkel das Nützige fürs Leben erhielt. Hauptlehrer Staib sprach herzliche Worte über das Scheiden aus dem alten Haus zu den zahlreich Versammelten, gemeinsam sangen Gäste und Einheimische den Choral: „Bestehl du deine Wege“ und unter dem Geläut der Glocken des neuen Schulhauses zogen die Teilnehmer hinauf zum neuen Bau, voraus Kinder, wie ein Zeichen, daß der Jugend dieses Haus gebaut und daß wir der Jugend, die unser Erbes und Einzige ist, nur das Beste geben können und müssen.

Ein gemischter Chor, dessen Bestehen und Mitwirkung dankbar gedacht sei, leitete die eigentliche Feier mit dem Lied: „Kommt, kommt, den Herrn zu preisen“ stimmungsvoll ein. Frisch und frei brachte ein Mädchen ein sinniges Gedicht zum Vortrag und hierauf übergab Architekt Söll den Bau dem Vertreter der Gemeinde, Schultheiß Wolf, der mit Dankesworten das Haus in die Obhut der Gemeinde übernahm. Aus den Ausführungen von Architekt Söll ist zu entnehmen, daß der Neubau am 7. September vergangenen Jahres begonnen und am 5. November das Nichtfest gefeiert wurde. Während des Winters mußten die Bauarbeiten eingestellt werden und nachdem die Vollendung des Baues im neuen Jahre rüstig vorwärts schritt, konnte die Lehrerwohnung am 7. Oktober d. J. bezogen werden.

Raum konnte der geräumige Schulsaal all die vielen Teilnehmer fassen, die Zeugen der Weihe des für Ugenbach so wichtigen Baues waren. Schüler brachten mit frischen Stimmen „Mit dem Herrn sang alles an“ zum Vortrag. Schultheiß Wolf begrüßte all die Gäste, die zur Feier erschienen waren und gab hierauf einen geschichtlichen Rückblick über das alte und die Entstehung des neuen Schulhauses. Vor mehr als 100 Jahren trat die Gemeinde an den Staat mit der Bitte um Gewährung eines Beitrages zum Bau eines Schulhauses heran, nachdem bis 1825 der Unterricht in dem Zimmer eines Privathauses abgehalten wurde. Doch erst 1833 konnte das Schulhaus mit einem Aufwand von 2999 Gulden erstellt und seiner Bestimmung übergeben werden. Lange Zeit erfüllte das alte Schulhaus recht und schlecht seinen Dienst, bis vor dem Krieg die Gemeinde an die Notwendigkeit denken mußte, Mittel bereitzustellen, um dem immer dringenderen Bedürfnis, eine neue Stätte für Schul- und Rathaus zu finden, gerecht zu werden. Es wurde ein Fonds angelegt, der die statliche Summe von 20 000 Mark erreichte, doch — ach wie bald — schwand das gute Geld durch die Inflation in nichts zusammen. Keine Mittel vorhanden und doch die unabwendbare Notwendigkeit, dem heranwachsenden Geschlechte eine neue Stätte der Erziehung zu geben. Man küßte es den Worten des Schultheiß an, wie ein Sorgen und Suchen die Gemüter bewegte, bis in der denkwürdigen Sitzung am 14. Mai 1926

unter dem Vorsitz von Oberamtmann Rippmann der Gemeinderat sich zu dem ernstesten „Ja, wir bauen“ durchrang. Aber helfen muß man uns, allein können wir es nicht.“ Es ist eine Tat, welche die Gemeinde vollbrachte aller Anerkennung und vollen Lobes wert und irgendetwas Hilfe ist mehr denn je am Platz.

Hauptlehrer Staib, der als Lehrer das neue Haus bezieht, führte aus, daß dieses Haus ein Denkmal des Opfergeistes und verantwortlichen Pflichtbewußtseins der Einwohner sei, daß hier der Weg zu einer gesunden Schulentwicklung geebnet worden sei, zum Segen der Kinder zum Wohle der Gemeinde und zum Heile unseres Volkes Viktor Koller, als Vertreter der kirchlichen Muttergemeinde Neuweiler, sprach Worte herzlichen Dankes für die Ueberlassung des Schulsaales zu gottesdienstlichen Zwecken und für den Konfirmationsunterricht und gab dem Wunsche Ausdruck, daß dieses Haus eine rechte Stätte der Unterweisung für das diesseitige und jenseitige Leben werden möge.

Von ernster Sorge durchdrungen waren die trefflichen Ausführungen von Oberamtmann Rippmann. Herzlichen Dank sprach er der Oberförsterei für die reiche Unterstützung aus, die sie der Gemeinde vater zu kommen lassen, aber noch schwere Lasten drücken auf die Gemeinde. Manches Jahrzehnt wird noch vorübergehen müssen, noch viele Schultern werden die schweren Lasten tragen müssen, ernste Zeiten ständen der Gemeinde bevor, wohl keine andere Gemeinde des Bezirks hätte solche Umlagen zu tragen. Doch es mußte gewagt werden, es war harte Pflicht, ein neues Haus zu bauen. Ein Sorgenkind — so führte der Redner aus — sei ihm das ferne Ugenbach, doch Sorgenkinder stehen dem Herzen am nächsten! Die starke Hoffnung auf Unterstützung und der feste Glaube an die Zukunft haben dieses Haus bauen lassen. Schulrat Knödel, Nagold überbrachte die Glückwünsche des Kultministeriums und des Oberschulrats und wies darauf hin, daß gerade und trotz Krieg und Inflation die Schule ihre ewige Bedeutung als unvergänglicher Born geistigen Lebens bewiesen und erhalten habe und daß Arbeit für und in der Schule Arbeit für das Volk und für die Zukunft sei. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß das räumliche Beisammensein von Schul- und Rathaus zum Wohle der Schule und Gemeinde sich auswirken möge.

Für den Kirchenbezirksrat sprach Dekan Zeller, der seiner Freude über den stolzen Bau herediten Ausdruck verlieh. Aufrecht und kühn schaute das Haus hinein in die Lande, auf höchster Höhe, doch tief im deutschen Boden verwurzelt, emporstrebend zu Licht und Sonne, so sei das Haus Symbol echter Heimatliebe und des Sonne und Freiheit suchenden Volkes. Es sei ihm Bedürfnis, der Landeskirche für ihre, wenn auch kleine Gabe herzlich zu danken. Oberamts- und Schulrat Medizinalrat Dr. Weg sprach vom ärztlichen Standpunkt seine hohe Befriedigung über das gelungene Werk aus und wünschte, daß die Arbeit im Hause reichen Segen für die Gemeinde bringen möge. Im Auftrag des Bezirkslehrervereins Calw sprach sodann Oberlehrer Bader-Hirjan. Er führte aus, daß die zahlreich versammelten Lehrer Zeugnis dafür seien, daß die Lehrerschaft mit warmem Herzen das begrüßt, was hier eine Gemeinde für ihre Schule getan habe und daß die Lehrer durch ihr Erscheinen ihrem Kollegen für seine freundliche Einladung Dank und allen, die zur Verwirklichung des Baues beitrugen, Anerkennung abstatteten. Wie das neue Haus von Sturm und Wetter umtobt werde, so segten auch gegenwärtig Stürme über das Schulwesen unseres ganzen Volkes, und doch sei nichts notwendiger, als unserer Schule und damit unserem Volke Frieden zu geben, um Raum zu schaffen für gedeihliche Fortentwicklung zum Segen unseres schwer geprüften Volkes.

Der Lehrgesangverein schloß mit dem prächtig wiedergegebenen Chor: „Wer hat dich, du schöner Wald“ die erhebende Feier. Ein gemüthliches Zusammensein hielt die Teilnehmer noch für einige Zeit beieinander und die Gäste schieden mit dem Wunsch, daß die Arbeit in dem neuen Schulhaus zum reichen Segen für die Gemeinde werden möge und daß sich viele offene Hände finden möchten, die helfen, den Ugenbachern die schwere finanzielle Last zu tragen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

100 holl. Gulden.	169,39
100 franz. Franken	16,49
100 schweiz. Franken	80,93

Beruhigung an der Berliner Börse.

Die Börse beruhigte sich gestern etwas und es gab leichte Kurserhöhungen, teilweise aber auch noch weitere Rückgänge. 21. Berlin, 8. Nov. Nach den gestrigen erheblichen Kurserückgängen fanden heute Rückkäufe und Deckungen der Börsenspekulation statt. Die beschränkten großen Zwangsaktionen blieben aus, sodas die Stimmung wesentlich ruhiger und die Tendenz allgemein erholt war. Die Kurse besetzten sich um 3 bis 4 Prozent und vielfach insbesondere in den gestrigen am schärfsten in Mitleidenschaft gezogenen Papieren noch wesentlich stärker.

R. G. Berliner Produktenbörse vom 8. November.

Weizen märk. 239—242; Roggen märk. 232—236; Gerste 220—263; Hafer märk. 195—207; Mais prompt Berlin 192 bis 194; Weizenmehl 31—34,25; Roggenmehl 31,50—33,25; Weizenkleie 14,50—14,75; Roggenkleie 14,75—15; Raps 335 bis 345; Viktoriaerbsen 52—57; kleine Speiserbsen 33 bis 37; Futtererbsen 22—24; Pelusken 21—22; Ackerbohnen 22

bis 23; Widen 22—24; Lupinen blaue 13,75—14,50; gelbe 14,75—15,50; Rapskuchen 15,90—16,20; Leintuchen 22,20 bis 22,40; Trodenkorn 10,70—10,80; Soyaschrot 20—20,30; Kartoffelflocken 22,75—23. Allgem. Tendenz: behauptet.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt.

Dem Dienstagmarkt am städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 43 Ochsen (unverkauft 3), 34 (20) Bullen, 245 Jungbullen, 247 (20) Jungriinder, 97 (7) Kühe, 777 Kälber, 2223 (200) Schweine. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen a 58—62 (letzter Markt —), b 50—56 (unv.), c 44—48 (—), d 35—40 (—), Bullen a 53—55 (—), b 49—52 (50—52), Jungriinder a 60—64 (60—63), b 51—58 (unv.), c 45 bis 48 (—), Kühe a 40—48 (—), b 32—39 (32—40), c 20—30 (unv.), d 15—19 (unv.), Kälber b 82—86 (83—86), c 72—80 (unv.), d 60—70 (unv.), Schweine a, fette über 300 Pfund 70 bis 71 (71—72), b, vollfleischige von 240—300 Pfd. 70—71 (71 bis 72), c 200—240 Pfd. 69—70 (unv.), d 160—200 Pfd. 66 bis 68), e fleischige von 120—160 Pfd. 60—64 (64—66), Saunen 50 bis 51 (50—62) A; Marktverkauf: mäßig belebt.

Chinosol

verhütet Katarrhe und Entzündungen.
Zu haben in allen Apotheken und Fachdrogerien.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 2. Februar 1927.

Der wachsende Tag.

Das Längerwerden des Tages läßt sich jetzt immer mehr wahrnehmen. Vor allem am Nachmittag macht sich der wachsende Tag schon recht angenehm fühlbar. Aber auch in der Frühe glaubt man allmählich das Frühererwachen des Tageslichts beobachten zu können, wenngleich es um diese Zeit noch gemächlicher geht. „Es geht aufwärts“ sagen die Leute, „auswärts“ heißt es oft bei den Landleuten, also hinaus aus Winternacht, hinaus aus den engen Toren winterlicher Eingeschlossenheit, entgegen dem Licht und dem neuen Werden. Ist zunächst das Wachsen des Tages eine jahreszeitliche Erscheinung, die mehr aufs Gemüt wirkt und den Menschen, die zagen und zweifeln wollten, neue Hoffnungskraft und neuen Lichtglauben gibt, so gibt es doch auch hier eine wirtschaftliche Seite. Allen Leuten, die ihre Arbeit im Freien verrichten, aber auch den Hausfrauen, die nun wieder mehr an Licht sparen können, ist der längere Tag von Herzen willkommen und auch auf die Speiserechnung der Geschäftsbetriebe, die viel Licht verbrauchen, ist die Zunahme des natürlichen Tageslichts nicht ohne erwünschten Einfluß. So findet das Wachsen des Tages überall beifällige Aufnahme. „Es geht aufwärts!“

Dienstagmorgens.

Forstmeister a. g. St. Walz in Bad Liebenzell ist seinem Ansuchen entsprechend auf das Forstamt Dunningen verlegt worden.

Sozialpolitischer Vortrag in Hirsau.

Bezugnehmend auf den Hinweis in der Montag-Ausgabe zum Vortrag von Mathilde Brand über das Thema: „Haben wir ein Ziel an sozialer Fürsorge?“ möchten wir darauf hinweisen, daß der letztere, der Ankündigung im Anzeigenteil entsprechend, am heutigen Mittwoch Nachmittag im Klosterhotel Hirsau stattfindet.

Der Ersatz beschädigter Banknoten.

Es ist allgemein die Ansicht verbreitet, daß für zerrissene, teilweise verbrannte oder sonstwie beschädigte Reichsscheine Ersatz geleistet werde, wenn nur noch die Nummer des Scheines auf den Stücken vorhanden sei. Das ist ein Irrtum. Nach den Bestimmungen, die die Reichsschuldenverwaltung längst anlässlich eines bestimmten Falles über die staatliche Ersatzleistung für beschädigte und für den Verkehr unbrauchbar gewordener Reichsscheine und Banknoten aufgestellt hat, wird nur dann Ersatz geleistet, wenn das vorgelegte Stück zu einem Reichsscheine gehört und mehr als die Hälfte eines solchen beträgt, d. h. der Ersatz wird nicht dem Besitzer der auf einem Stück etwa noch vorhandenen Nummer, sondern dem Vorzeiger der größeren Hälfte des beschädigten Stückes geleistet. Die Staatskassen sind angewiesen, beschädigte oder unbrauchbar gewordene (einschließlich der geklebten und beschmutzten) Reichsscheine nur dann in Zahlung zu nehmen, wenn ihre Umlaufsfähigkeit zweifelhaft ist. Ist sie zweifelhaft oder der Ersatz der Stücke der Reichsschuldenverwaltung überlassen, so haben die Besitzer solcher Scheine sich mit dem Antrage auf Ersatz an die Reichsschuldenverwaltung zu wenden. Für beschädigte Banknoten von 100 oder 1000 Mark wird gleichfalls nur dann Ersatz geleistet, wenn der Inhaber entweder einen Teil der Note vorzeigt, der größer als die Hälfte ist, oder nachweist, daß der Rest der Note, von der er nur die Hälfte oder einen kleineren Teil vorzeigt, vernichtet ist.

Wetter für Donnerstag und Freitag.

Der Hochdruck hat sich jetzt nach Süden verlagert. Die Depression liegt über Skandinavien. Für Donnerstag und Freitag ist zeitweise bedecktes, aber höchstens zu geringen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

*

Breitenberg, 2. Febr. Letzten Donnerstagabend versammelte sich der Liederkreis Breitenberg in der Krone aus einem außergewöhnlichen Anlaß. Der Verein war nämlich von dem zur Zeit hier weilenden Kochkurs zu einem Probeessen eingeladen worden. Punkt 8 Uhr waren die Vereinsmitglieder bereits vollständig beisammen, und man bewunderte allgemein die schön dekorierte Tafel, wie die zur Schau gestellten Geware. Dann begann ein emsiges Servieren vonseiten der Jungfrauen des Kochkurses, und das Essen wurde von den Mitgliedern des Vereins aufs fleißigste erprobt. Humorvolle Ansprachen des Vorstandes und des Dirigenten des Liederkreises würzten das Mahl; aus ihnen war zu entnehmen, daß das Essen gut gemundet. Weiterhin wurde in launiger Weise den Jungfrauen empfohlen, in dieser Art für ihre einstigen Ehemänner zu kochen, denn werde mancher Antriebe in der Familie verhütet, gemäß dem alten Sprichwort: Die Liebe zum Weibe führe durch des Mannes Magen. Auch wurde der Leitung des Kochkurses für die Einladung der Dank ausgesprochen. Die Leiterin des Kochkurses erwiderte mit Worten des Dankes für das zahlreiche Erscheinen und besonders für die Aufführung der aufgestellten Rosalinde. Der Abend verlief in angenehmer, humor-

voller Weise und die jüngeren Leute erfreuten sich noch an einem gemütlichen Tänzchen.

St. Pforzheim, 1. Febr. In der Nacht zum Sonntag hatte in der Gymnasiumsstraße in einem dortigen Wirtshaus ein Handwerksbursche gebettelt. Dann belästigte er zwei die Wirtshaus verlassen Gäfte und griff sie an, indem er ihnen mit einem Rasiermesser ins Gesicht fuhr. Dem einen Gast, einem 45 Jahre alten verheirateten Mann, wurde die eine Wade vom Ohr bis zum Mund aufgeschlitzt. Er liegt mit der ziemlich schweren Verletzung im Krankenhaus. Der andere ist ähnlich verletzt, aber nicht so schwer. Der Täter ist verhaftet.

St. Nürtingen u. A. Herrenberg, 1. Febr. Zwischen 11 und 12 Uhr nachts ist das Doppelwohnhaus samt Scheuer, dem Gotthilf Schmidt und Holzäpfel gehörig, abgebrannt. In eine Rettung war nicht mehr zu denken. Es galt nun, die dicht angebauten Nachbarhäuser zu schützen, was der angelegentlichsten Tätigkeit der Feuerwehren auch gelang. Das Vieh und die Schweine konnten gerettet werden, dagegen wurden die Hühner und das meiste Mobiliar, worunter eine neue Aussteuer, ein Raub des vierigen Elementes.

St. Stuttgart, 1. Febr. Der bisherige Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat sich bereit erklärt, auf dem nächsten Reichs-Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei, der zu Ostern 1927 in Stuttgart stattfindet, ein programmatisches Referat zur Finanzpolitik zu übernehmen.

St. Tübingen, 1. Febr. Die feinerzeit vom Gemeinderat bestellten Eisenbahnwagen, die zu Notwohnungen eingerichtet werden sollen, sind eingetroffen und beim Schlachthaus aufgestellt worden.

St. Nürtingen, 1. Febr. Drei hiesige junge Leute vergnügten sich abends auf dem Heimweg von Fridenhausen nach Nürtingen mit Terzerolschießen und dienten sich gegenseitig als Zielscheiben, wobei einer der Beteiligten einen lebensgefährlichen sog. Lungenstich erlitt. Er mußte alsbald mit dem Sanitätsauto in das Johanniterkrankenhaus nach Plochingen übergeführt werden. Der jugendliche Täter wurde dem Amtsgericht übergeben.

St. Freudenstadt, 1. Febr. Zum Anfang des Februar hat der Winter sein Recht wieder mit Nachdruck geltend gemacht und verfrüht Träume von blauen Tannen im nächtlichen Schneesturm hinweggeweht. Ein scharfer West legte vergangene Nacht über die Höhen des Schwarzwaldes und brachte reichlichen Neuschnee, sobald der Bedarf aller Wintersportler für den Anfang wieder vollauf gedeckt ist. Die Temperatur bewegt sich um den Gefrierpunkt.

St. Freudenstadt, 1. Febr. Zu Ehren des Altstadtschultheiß Hartmann, der am 30. Januar sein 50jähriges Amtsjubiläum hätte feiern können, wurde im Sitzungssaal des Gemeinderats eine von Bildhauer Palmer gefertigte große Porträtplatte angebracht. Gleichzeitig hat der Gemeinderat die Hartmannstiftung, die durch die Inflation verloren gegangen war, wieder erneuert.

St. Gmünd, 1. Febr. Die Vorbereitungen zum Gmünder Heimspiel „Der Belagerer von Gmünd“, das im kommenden Sommer im Taubental zur Aufführung gelangt, sind in vollem Gange. Gegen 200 Frauen und Herren haben sich zum Spiel und für die Vorbereitungsarbeiten zur Verfügung gestellt.

St. Burgstolz u. A. Welzheim, 1. Febr. Das 34jährige Söhnchen Karl des Landwirts Koppenhöfer von hier geriet unter ein den Ort durchfahrendes Langholzfuhrwerk, wobei dem Kind die Räder über den Körper fuhren. An den schweren Verletzungen ist das Kind bereits eine halbe Stunde nach dem Unfall gestorben.

St. Mergentheim, 1. Febr. Der neue Kurjaalbau schreitet rasch vorwärts und wächst zusehends aus der Erde zur Höhe empor. Die Unterbauarbeiten sind bereits vollendet und schon sieht man die roten Backsteinmauern des ersten Stocks aufragen. Durch die bisher günstige Witterung konnten die Bauarbeiten sehr gefördert werden. Man hofft bestimmt, daß der stattliche Bau bis zum Sommer seiner Vollendung entgegengehen wird. — Der innere Ausbau der Albertquelle ist beendet, der der zweiten neuen Quelle in Arbeit, der Erdaushub für die Zuleitung des Quellenwassers zur Trinkhalle gesehen. Wie man hört, ist die Nachfrage nach Mergentheimer Wasser und Salz so stark, daß gar nicht genug hergestellt werden kann und bereits die Albertquelle zur Bewältigung der Aufträge herangezogen werden mußte.

St. Neu-Ulm, 1. Febr. Nachts wurde die hiesige Feuerweh in die verlängerte Augsburgstraße gerufen. Trotzdem die Löscharbeiten in kürzester Zeit ausgenommen wurden, war nicht mehr viel zu retten, da eine mit Heu gefüllte Gartenhütte brannte, die lauter leicht brennende Stoffe enthielt. Der Schaden ist unbedeutend. Als Entschuldigungsursache wird entweder Brandstiftung oder Fahrlässigkeit mit einem Zigarettenstummel vermutet.

St. Vöhrach, 1. Febr. Der Voranschlag des Gemeindefinanzhaushalts für das Rechnungsjahr 1926 schließt mit 597 500 M. Einnahmen, 1 046 500 M. Ausgaben und damit einem Ab-

mangel von 449 000 M. ab. Der Gemeinderat genehmigte den Voranschlag und setzte eine Umlage von 21 Prozent fest.

St. Troffingen, 1. Febr. Aus Anlaß der Hundertjahrfeier soll hier nicht ein Denkmal, sondern ein Gemeindehaus errichtet werden mit einem großen Versammlungsraum, Nebenräumen und einem Schwimmbad. Die Grundsteinlegung soll auf 2. Juli, am Tag der Hundertjahrfeier der Firma Hohner, stattfinden. Es sind bereits Zusagen für bedeutende Summen gegeben worden.

St. Friedrichshafen, 1. Febr. Zur Zeit schweben Verhandlungen mit den Bürgermeistern von Markdorf und Meersburg sowie dem Ortsvorsteher von Schneckenhäusern wegen der Lieferung von Gas.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefstube.

100 holl. Gulden	168,79
100 franz. Franken	16,63
100 schweiz. Franken	81,25

Börsenbericht.

St. Stuttgart, 1. Febr. Auch an der heutigen Börse waren Bankaktien besonders beborzugt und zogen weiter an: auch sonst gab es vereinzelt Kursgewinne.

Produktenbörsen- und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern e. V.

R. C. Berliner Produktenbörse vom 1. Februar.

Weizen märk. 268—272; Roggen märk. 253—256; Gerste 217 bis 245; Hafer 194—207; Hafer märk. 190—203; Mais loco Berlin 190—192; Weizenmehl 35.25—38; Roggenmehl 35—37.25; Weizenkleie 15.25; Roggenkleie 15.50; Vittoriaerbsen 50—66; kleine Speiserbsen 33—36; Futtererbsen 23—25; Peluschken 22 bis 23; Ackerbohnen 20.50—21.50; Wicken 23—24.50; blaue Lupinen 15.50—16.50; gelbe 18—18.75; Serabella neue 28—30; Napslinsen 16.50; Leinfuschen 21—21.10; Trodenknittel 11.80 bis 12.10; Sojabohnen 20.10—20.50; Kartoffelsoden 30—30.40 Landesproduktenbörse.

St. Stuttgart, 31. Jan. Die Angebote vom Ausland waren in den letzten Tagen etwas höher; auch die täglich höheren Preise für Roggen wirkten befestigend auf den Getreidemarkt. Zu einer allgemeinen Bejertung ist es aber noch nicht gekommen und bewegt sich das Geschäft immer noch in engen Grenzen. Es notierten je 100 Kilo: Auslandsweizen (ab Mannheim) 31—32 (letzter Markt: 30.75—31.75), württ. Weizen 28.25—29.25 (28—29), Sommergerste 23—26 (unv.), Ausfuhrware in Sommergerste 26.50—27.50 (unv.), Roggen 23.75 bis 25.75 (23.50—25.50), Hafer 18—19.50 (17.50—19), Weizenmehl 42.50—43.25 (42—43), Brotmehl 32.25—34.25 (33 bis 34), Kleie 12—12.50 (11.25—12.50), Weizenheu 7.25—8.25 (6.75—7.75), Kleeheu 8.25—9.25 (7.75—8.75), drahtgepreßtes Stroh 4—4.50 (3.50—4) M.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt.

Dem Dienstagsmarkt am städtischen Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 47 Ochsen, 23 Bullen, 220 Jungbullen, 220 Jungriinder (unverkauft 20), 142 Kühe, 864 Kälber, 1257 (30) Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen a 52 bis 56 (letzter Markt 52—55), b 44—49 (unv.), c 37—42 (unv.), d 30—36 (—), Bullen a 50—52 (unv.), b 47—49 (46 bis 49), c 43—46 (—), Jungriinder a 55—60 (54—59), b 47 bis 53 (45—52), c 42—46 (unv.), d 38—41 (—), Kühe a 42 bis 48 (—), b 30—40 (unv.), c 19—29 (unv.), d 14—19 (—), Kälber b 78—81 (78—80), c 68—76 (68—75), d 56—66 (unv.), Schweine a bis 73 (72—74), b 72—73 (unv.), c 71 bis 72 (70—71), d 68—70 (67—69), e 66—67 (65—67), Sauen 50—60 (50—59) M. Marktverkauf: mäßig belebt.

Schweinepreise.

Befigheim: Milchschweine 18—25 M. — Ellwangen: Milchschweine 25—32, Läufer 40—60 M. — Kirchheim u. T.: Milchschweine 23—35, Läufer 40—85 M. Ravensburg: Ferkel 22 bis 32, Läufer 35—70 M. — Saulgau: Ferkel 24—28, Läufer bis 68 M. — Ulm: Milchschweine 24—34 M. das Stück. Nöblingen: Mutterchweine 180—240, Läufer 60—80, Milchschweine 25—32 M. — Tuttlingen: Milchschweine 17 bis 23 M.

Fruchtpreise.

Malen: Weizen 15, Mischling 13, Roggen 12—12.20, Gerste 12.50, Hafer 9.50—10 M. — Nördlingen: Weizen 14.20 bis 14.40, Gerste 13.20—13.40, Hafer 10—10.50, Linsen 14 M. — Ochsenhausen: Hafer 9.60 M. — Saulgau: Gerste 12.60 bis 13.50, Weizen 14.40, Dinkel 10.20 M. der Zentner.

Saison-Ausverkauf!
10-20% Rabatt auf sämtl.
Schuhwaren
J. G. Fischer, Badstr. 366

Einsetzen neuer l. Qual. Gummivalzen in Bringmaschinen unter Garantie
Fr. Herzog b. „Nöste“.

Ein Wagen
Dung
wird verkauft
Bieraffe 123.

Wo ich irgend
Gelegenheit habe, empfehle ich Ihre Sachen aufs Wärmste..... ab. Ihre Mittel sind auch unstreitbar großartig.
Frau P. W.
Zeugnis notariell beglaubigt
Wallwurzflied d. Einreibung, große Fl. M 2.—, „Spezial“ doppelst. M 3.—.
abt Gebhardt's e ch t e Kloster-Lebens-Effenz, das beste Blutreinigungsmittel, M 2.50.
Niederlage: In den Apotheken zu Calw, Feinach u. Liebenzell, oder postfrei v. **Kloster-Laboratorium Alpirsbach**/Wtbg.

Concordia.
Gemischter Chor nächste Woche Der Vorstand.

Haarspangen
repariert
J. Obermatt, Friseur.

Lampenschirm-Gestelle elektrisch geschweißt

30 Zentimeter Durchm.	1.10 Mk.
50 "	2.00 Mk.
60 "	2.60 Mk.
70 "	3.40 Mk.

In. Japan-Seide 4.80 Mk., In. Seiden-Battist 1.60 Mark, sowie sämtliche Befestigungsmittel, wie Seidenstränge, Schnüre, Rüschen, Wickelband usw., sowie fertige Schirme in großer Auswahl billig. Ferner Tischlampen, Nachtischlampen, Zuglampen, Schlaf-Ampeln etc.

Maria Fuchs, Calw, Hermannstraße 853.

Woll-, Wack- und Seidenstoffe
Manchester und Samt
Lampenschirmseide, Pojamenten
: Befestigungsmittel, Kurzwaren und:
Arbeitsanzüge empfiehlt
Frau Karl Oberhard Ww.
beim Städtischen Waghäusle
Filiale von Emil Feil, Stuttgart

Rötenbach.
Einen Wurf ans Fressen gewöhnliche
Milchschweine
verkauft Donner den 3. Februar
Martin Schwämmle

